

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 16, S. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementpreis: für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Rgr. per Quartal.

Subskription für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N. J. via New York.

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Politische Uebersicht.

Der Prozeß der Versailler gegen die Kommune ist, trotz aller getroffenen Vorsichtsmaßregeln der Ordnungsbanditen, sofort am ersten Tage zum Prozeß der Kommune gegen die Versailler geworden. Die sogenannten Angeklagten benehmen sich würdevoll und muthig, wie Männer, die ein Ideal haben, und bereit sind, für dasselbe zu sterben; die sogenannten Richter dagegen sind frech, pöbelhaft, schamlos parteiisch, und die Zeugen, auf welche sie rechnen, sind Mouchards, Pfaffen und sonst anrüchliche Subjekte. Daß die Anklageschrift (die beiläufig theilweise von Herrn Thiers verfaßt ist) zuerst im Schandblatt „Figaro“ veröffentlicht ward, haben wir bereits erwähnt: als Parallelfactum ist heut mitzutheilen, daß der Zutritt zu den Verhandlungen nur gegen Karten erlaubt wird, und diese Karten sich fast ausschließlich in den Händen von Cocottes (Prostituirten) befinden. Die Prostituirten — das ist freilich die passendste „Gesellschaft“ für die tugendhaften Vertreter der „Familie“! Indem wir uns vorbehalten, den Prozeß, sobald er sich abgewickelt hat, im Ganzen zu besprechen, geben wir jetzt einige charakteristische Auszüge aus den uns vorliegenden Berichten. Zunächst Folgendes über das Verhör Ferré's:

Präsident: Angeklagter Ferré, Sie haben in der Untersuchung jede Antwort auf die Ihnen vorgelegten Fragen abgelehnt. Wollen Sie in diesem System verharren?

Ferré: Ich verließ folgende vom ihm vorbereitete Erklärung: In Erwägung, daß ich die Ehre hatte, im 13. Arrondissement mit 3500 Stimmen zum Mitglied der Kommune von Paris ernannt zu werden; in Erwägung, daß ich dieses Mandat annahm und meine Pflicht war, es eifrig auszuführen; in Erwägung, daß nachdem die Kommune von Paris erlegen und ihre Mitglieder getödtet oder gefangen genommen worden, der Charakter, die Lehren und Handlungen derselben auf das Gehässigste entstell worden sind; in Erwägung, daß die Häupter der Kommune getödtet, verhaftet, oder gezwungen sich zu verbergen, die Wahrheit nicht an den Tag bringen und ihre Verleumdung nicht brandmarken können; in Erwägung...

Regierungskommissar Gaveau: Hr. Präsident: Es kann nicht gestattet werden, daß ein Angeklagter in dieser Weise die Apologie der Kommune vortrage.

Präsident: In der That, es ist dieses eine Rücksichtslosigkeit.

Ferré: Gerade um mich nicht zu einer Rücksichtslosigkeit hinreiß zu lassen, habe ich meine Erklärung niedergeschrieben. Ich habe übrigens nur wenig hinzuzufügen. Ich spreche von mir und nicht von der Kommune.

Präsident: Wir haben in der That hier nicht die Politik der Kommune zu diskutieren, sondern über ihr Verbrechen zu erkennen.

Ferré: Der Herr Präsident hat uns gestern gesagt, daß wir vollkommene Freiheit haben, uns zu verteidigen. Davon mache ich Gebrauch. Lassen Sie mich also fortfahren: In Erwägung, daß ich und meine Familie seit meiner Verhaftung der Gegenstand der unwürdigen Behandlung war und dies dem wahren Republikaner seine Pflicht genügend vorzeichnet, erkläre ich, daß ich, abgesehen von den Fragen, welche meinen Civilstand betreffen, keine Antwort geben werde.

Der Regierungskommissar: Es fehlt nur noch, Herrn Ferré, den Brandstifter, eine Lobrede auf die Kommune halten zu lassen. Der Fall des Angeklagten ist im Art. 109 der Strafprozessordnung vorgesehen: der Gerichtshof hat ihm einen Verteidiger von Amtswegen bestellt. Man sucht den Prozeß schon ohnehin mit Zwischenfällen hinzuzuführen.

Advokat Dupont de Vuffac: Was ist denn mit diesen letzten Worten gemeint? Sie sollten lieber trachten, auf unsere Anträge besser zu antworten, als sich über dieselben beklagen.

Ferré: Der Gerichtshof wolle nach seinem Gutdünken handeln; ich habe nach meiner Ueberzeugung verfahren. Auf alle Fälle muß ich jede Erklärung ablehnen, so lange ich nicht mit den Zeugen konfrontirt worden bin.

Adv. Ranchon (für Verdure) wirft noch einmal die Kompetenzfrage auf.

Der Regierungskommissar entgegnet, daß diese Frage offenbar schon für alle Angeklagten entschieden sei.

Dies führt zu einer gereizten Diskussion zwischen den Verteidigern und dem öffentlichen Ministerium.

Gaveau: Ich habe keine Lektion von der Verteidigung zu empfangen.

Dupont de Vuffac: Es ist aber auch nicht erlaubt, eine solche Rücksichtslosigkeit zu verrathen.

Gaveau: Das ist nun eine neue Insolenz (Frechheit).

Dupont de Vuffac: Ihre Uniform verlangt nicht mehr Achtung als meine Robe; ich hoffe, daß man uns gegen die Ausfälle des öffentlichen Ministeriums schützen wird.

Der Präsident meint, daß die geistige Entscheidung offenbar für alle Angeklagten gelte.

Die Advokaten bestreiten das, nehmen indeß von der Erklärung des Präsidenten Akt.

Der Greiffier Barcq verliest das Protokoll des ersten Verhörs mit Ferré. Wie er zu dem angeblich von dem Angeklagten unterschriebenen Dokument gelangt: „Lassen Sie das Finanzministerium in Klammern aufgehen“, sagt Ferré. Das ist ein anonymes Aktenstück, welches keine Berücksichtigung verdient.

Präsident: Bestreiten Sie, es unterschrieben zu haben?

Ferré: Da ich einmal in der Voruntersuchung die Ehrlichkeit bezeugen habe, darüber zu antworten, so muß ich mich auch jetzt erklären. Der Sachverständige hat gesagt, daß das Dokument von mir herrührt und daß ich nur meine Schrift verändert hätte. Ich gebe Ihnen aber mein Wort, daß das Schriftstück falsch ist. Hätte ich diesen Befehl gegeben, so hätte ich ihn auf ein mit dem Entzettel „Kopie“ meines Amtes versehenes Papier gesetzt und ganz förmlich gesagt: „Es wird Befehl gegeben, das Finanzministerium in Brand zu stecken.“ Das Schriftstück ist eine unwürdige Fälschung.

Regierungskommissar: Dieser Ausdruck „unwürdig“, kann im Munde eines Angeklagten nicht erlaubt werden.

Ferré: Ich spreche von dem Untersuchungsrichter.

Regierungskommissar: Gleichviel, wenn Jemand hier unwürdig ist, so sind Sie es.

Präsident: Das Schriftstück wurde bei einem hinter einer Barcade getödteten Insurgenten gefunden.

Ferré: Als ich verhaftet wurde, hatte ich dasselbe bereits in der „Liberté“ gelesen und mir den Kopf zerbrochen, von wem die Fälschung herrühren könnte. Die republikanische Polizei war einer solchen nicht fähig, aber es waren ehemalige Agenten des Kaiserreichs im Spiel, denen es wohl zuzutrauen ist. Man hatte aus dem Kriegsministerium einen Brief von mir an den Bürger Lacord gefunden und wahrscheinlich nach diesem den Befehl an Lucas gefälscht. Man vergleiche die Handschriften, und man wird finden, daß hier ein Falschum vorliegt.

Präsident: Erkennen Sie an, am 21. Mai den Befehl geschrieben zu haben, die gefangenen Gendarmen und Stadtergeanten aus La Roquette hervorzuholen?

Ferré: Ja wohl, dieser Befehl rührt ganz von meiner Hand her; ich erliehe ihn aber nicht, um die Leute fesseln zu lassen, sondern um sie in Freiheit zu setzen.

Präsident: Sie wissen gleichwohl, daß dieselben fesseln worden sind.

Ferré: Dafür bin ich nicht verantwortlich; ich befahl, sie in Freiheit zu setzen. Ich protestirte noch einmal, weil man mir nicht die Zeugen gegenüber gestellt hat.

Präsident: Haben Sie die Brandstiftung in der Polizei-Präfectur und im Justiz-Palaste geleitet?

Ferré: Jetzt antworte ich nicht mehr. Es wird nun zur Vernehmung der Zeugen geschritten.

Valentin, Bureauclavier in der Polizei-Präfectur, weis seine Auskunft zu geben, nicht einmal wußte er verhaftet worden ist. Frau Champagne, welche die Polizei-Präfectur bewohnte, sagt aus: Am 21. Mai herrschte in der Präfectur große Bewegung. Bald sah ich die Flammen hervorbrechen. Ich eilte zu der Concierge und sah, wie der Zeitungstisch, in welchem man Petroleum gegossen hatte, in Feuer ausging. Von ihrem Fenster aus sah ich einen Mann im grünen Valetot mit schwarzem Sammfragen und einem Gewehr über der Schulter Befehle geben. Er nahm den Hut ab, um sich den Schweiß zu trocken; er hatte schwarzes Haar und schwarzen Bart und zog sich am letzten von allen zurück.

Präsident: War es der Angeklagte?

Jengin: Das kann ich nicht sagen, da der Mann mir den Rücken lehrte.

Der Schreibverständige Delarue gibt, von beständigen Lachen Ferré's unterbrochen, sein Gutachten, wonach der Befehl zum Anzünden des Finanzministeriums, obgleich die Handschrift verstell ist, unverkennbar (!) von Ferré herrührt.

Der Schlosser Casard bekundet, Ferré hätte ihn in seiner Werkstatt in der Polizei-Präfectur getroffen und gesagt: Gehen Sie schnell fort, denn wir stecken Alles in Brand!

Regau, Unterbrigadier in der Polizei-Präfectur: am 21. Mai kam Ferré in Begleitung von Fouet, Duru und Anderen in den Depot, ließ sich einige Gefangene vorführen und zuletzt einen gewissen Beysser. Ich erfuhr, daß dieser auf Befehl Ferré's erschossen und sein Leichnam in die Seine geworfen wurde. Ferré trug einen Spazierstock und sagte: Sputen wir uns; es geht nicht reich genug!

Ferré erhebt sich und scheint etwas bemerken zu wollen. Da der Zeuge ihn ansieht, sagt er indeß, wie wenn er selbst die Autorität im Saale ausübt: Schon gut, Sie können sich zurückziehen. (Gesummel.)

Berguerie, ein anderer Beamter des Polizei-Depots: Am 21. Mai kam Ferré auf die Präfectur und erklärte, er wolle eine Richtung unter den Gefangenen vornehmen: Alle, welche dem Kaiserreich oder der Regierung von Versailles gehorchen wollten, sollten erschossen werden. Er ließ sich Einige vorführen, darunter Beysser, und gab einem von einem gewissen Greffier befehligten Peloton Ordre, diesen zu fesseln, wobei er unter die Mörder Geld, Silberstücke von 2 oder von 5 Fr., austheilte.

Tefferay, ein dritter Beamter der Präfectur, bestätigt diese Aussage; Ferré hatte zu ihm geküffert, daß Beysser die Thore von Paris an die Versailler verrathen hätte.

Frau Marguerite Forcy, eine Freundin Beysser's, war selbst verhaftet und mithin nicht Zeugin dieser Scene. Sie weiß nur, daß Beysser, als er am 21. Mai in St. Quentin verhaftet wurde, 20,000 Francs bei sich führte, die man nicht mehr vorgefunden hat.

Polizeikommissar Rabut, eine von der Kommune ergriffene Geißel, erzählt seine Schicksale. Er befand sich in Einzelhaft in Mazas. Am 21. Mai erfuhr er von dem Wächter Monnier, daß die Truppen eingerückt wären, am folgenden Tage wurde er aber zu seinem Schrecken nach La Roquette gebracht, wo er den Bischof Darbov, den Präsidenten Bonjean u. s. w. wieder sah und stündlich seine Hinrichtung erwartete. Am 24. hörte er von seiner Zelle aus eine Anzahl von Opfern abführen, am 25. wiederum den Bankier Jeder und nun gab er schon jede Hoffnung auf Rettung auf. Zwei Tage später wurde ihm seine Freiheit angekündigt; er hielt dies für einen Irrthum, konnte aber unter der Banit, welche das Herannahen der Truppen hervorrief, glücklich das Weite gewinnen.

Hr. Trinquart, der Apotheker von La Roquette, hat Ferré in diesem Gefängniß kurz vor der Hinrichtung der Geißeln antommen sehen.

Ferré: Das ist keine Kunst, ich habe ja selber gesagt, daß ich dort gewesen bin.

Der Abbe Feron hat auf dem Stadthause den Bürger Rogeard gesucht und da er diesen nicht fand, sich später an Babid mit der Bitte gewendet, seinen Bischof sehen zu dürfen. Babid vertritt mich auf einen nächsten Tag. Als ich ihn wieder im Stadthause aufsuchte und in seinem Wohnzimmer wartete, fragte mich ein kleiner Mann in federnem Tone, was ich dort zu suchen hätte und ließ, da ich ihm ausweichende Antworten gab, einige grobe Redensarten fallen. Babid kam dann und sagte mir in seinem Kabinett, daß ich ihn durch meine bloße Gegenwart compromittirte. Während ich da war, unterhandelte ein Amerikaner mit der Kommune über den Ankauf von Kunstgegenständen für den Preis von zehn Millionen. Später wandte ich mich, immer in der Absicht, bei dem Bischof Zutritt zu erhalten, an Protot und endlich durch einen Advokaten an Raoul Rigault, auf den mich alle Welt gewiesen hatte. Mein Freund sprach Rigault von einem Geißelten, der den Bischof sehen möchte, wenn man ihm 'zuführe, das Gefängniß wieder verlassen zu dürften; Raoul Rigault lebte eine solche Zusicherung ab.

Braquard, ein Brigadier des Depots, hörte von Ferré, daß die Präfectur in Brand gesteckt werden sollte. Er erwiderte von Ferré die Erlaubniß, die unschuldigen Frauen in Freiheit zu setzen, und debute diese Wahreig aus eigener Machtvollkommenheit auf alle Gefangenen aus. Als er zurückkam, war Ferré schon fort und das ganze Gebäude sich selbst überlassen. Zeuge erzählt weiter: Eines Tages kam Raoul Rigault mit Ferré, ließ sich die Zelle des Präsidenten Bonjean öffnen und sagte zu diesem: „Nun, wie findest du die Versailler? Sie fesseln unsere Leute; jetzt werden wir dasselbe thun. Ich habe schon Thiers (!) und die anderen erschiesen lassen;

balb kommt die Reihe auch an dich.“ Bonjean enthielt sich achselzuckend jeder Antwort.

Die Frau Braquard bestätigt die Aussagen ihres Gatten; auch sie hat gesehen, wie Ferré Geld unter seine Leute vertheilte.

Noch mehrere andere Zeugen haben Ferré vor der Erschießung Beysser's im Depot gesehen.

La motte, ein Wärter von La Roquette, mußte nach der Hinrichtung der Geißeln einen Wagen holen, um die Leichen fortzuschaffen; er erfuhr von seinen Kameraden, daß Ferré die Execution geleitet hätte. Die Leichen wurden ausgeraubt und die Sachen, die man bei ihnen fand, zu François, dem Direktor des Gefängnisses, getragen; die Kleidungsstücke wurden am 25. auf demselben Plage, wo die Hinrichtung stattgefunden hatte, verbrannt.

Eine erheiternde Episode bildet schließlich die Vernehmung des Zeugen François. Es befanden sich nämlich zwei Gefangene dieses Namens in Satory, und statt des Direktors von La Roquette unter der Kommune hatte sein Namensbruder die Vorladung erhalten, ein Portier aus dem Madeleine-Viertel, der von den an ihn gerichteten Fragen nichts versteht und die Gelegenheit benützt, sich über seine ungeredete Verhaftung zu beklagen.

Noch werden einige unergordnete Zeugen vernommen, darunter der Abbe Gueraud, Direktor des Seminars der auswärtigen Missionen, welcher von seiner Zelle aus ebenfalls dem letzten Gange des Erzbißchofs und seiner Genossen zugehört hatte. Die Sitzung wird um 6 Uhr aufgehoben.

Schon aus diesem lächerhaften Berichte über die sogenannte Gerichtsverhandlung sieht man, wie den Verleumdern das Material für ihre „Anklage“ unter den Händen entschwindet. Mit Recht „lächelte“ Ferré — wie es oben heißt — als der „Schreibverständige“ Delarue behauptete, der Befehl zum Anzünden des Finanzministeriums sei aus Ferré's Hand, „obgleich die Handschrift verstell sei.“ Der Grund dieses Lachens wird Jedermann noch klarer werden, wenn wir bezüglich dieses Punktes uns an den stenographischen Bericht der Verhandlung (nach der Brüsseler „Liberté“) halten. Der Präsident sagte nämlich auf die Behauptung Ferré's, daß die fragliche Anzündungsordre nicht seine Handschrift trage: „Man kann zugeben, daß Sie beim Schreiben in großer Eile gewesen sind, auf dem Sprunge, davonzugehen und sich in Sicherheit zu begeben.“ Und der „Schreibverständige“ sagt bald darauf: „Zum Beweise, daß die Handschrift verstell ist, verweise ich auf die drei verschiedenen geschriebenen R in diesem Briefe.“ In dem Augenblicke also, wo (nach Ansicht des Präsidenten) Ferré „in großer Eile“ und auf Rettung seines Lebens bedacht gewesen sein soll, hat er (nach dem „Schreibverständigen“) so viel Mühe gehabt, sich drei verschiedene R-Züge zu erfinden!!

Die ganze Infamie des Prozeßes wird ins rechte Licht gestellt durch den französischen Henke — einen gewissen Montant. Graf Charles Montant, „Oberlieutenant der Kommune“, ist nämlich nach seiner eigenen Aussage „Agent des Herrn Thiers“; er schrieb „insgeheim mehrere Briefe an Thiers“ und „schlug der Kommune eine Art von Hölle nach in der Hand.“ Montant ist nicht nur mitmachender und berichternder Spion Thiers', sondern auch eigentlicher agent provocateur, indem er, seinem eigenen Geständniß nach, absichtlich und mit Vorbedacht, durch einen Bericht über die schändliche Ermordung einer Ambulanzwärterin von Seiten der Versailler den Antrag auf Fälschung der Geißeln Seitens der Kommune provozirte. Also dreifach ist Thiers der Mörder der Geißeln: 1) weil er den Austausch derselben gegen Blanqui verweigert, 2) weil er durch die Niedermehlung der Verwundeten und Gefangenen zu Repressalien herausgefordert, und 3) weil jetzt herausgekommen, weil er durch seinen bezahlten Agenten direkt diesen Akt provozirt hat. An den Schandpfahl mit dem weinerlichblutdürstigen Ober-Ordnungsbanditen!

Sehr brav hat sich der Finanzdelegirte Jourde verteidigt; selbst die gehässigsten, uns vorliegenden Verhandlungsberichte erwähnen des günstigen Eindrucks, den Jourde's Rede beim Publikum hervorrief. Ueber den Brand des Finanzministeriums berichtet er, daß dieser durch eine Versailler Bombe entstanden sei, welche um 7 1/2 Uhr früh in einen mit Archiven angefüllten Speicher fiel. Er, Jourde, selber habe die Feuerwehre kommen lassen und um 4 1/2 Uhr Nachmittags sei man Herr des Feuers gewesen. — Freilich wollte der Präsident darauf nichts geben, indem er einwendete, durch ein „Bombe“ könne wohl eine so große Feuersbrunst nicht entstehen! Die reine Unschuld — diese Versailler Bomben! Man lese aber, was Assy in seinem Verhör über die Beschaffenheit derselben ausgesagt hat:

Assy behauptet zuerst, daß er nicht mehr Mitglied der Internationale sei; er sei von Rechts wegen aus dieser Gesellschaft ausgeschlossen, da er ihren Sitzungen schon lange Zeit vor der ersten Belagerung von Paris nicht mehr angewohnt habe. Assy leugnet, daß er in der Rue des Rosiers, wo die beiden Generale ermordet wurden, gewesen sei. Er gibt zu, daß er Freimaurer ist. Während der ersten Belagerung diente er in einem Freicorps und wurde von Trochu zum Infanterie, lieutenant befördert. Assy erstattet dann Bericht über seine Theilnahme an den Ereignissen vom 18. März. Zu seiner Rechtfertigung bringt er vor, daß es sich in seiner Idee nur um die gemeinschaftliche Verteidigung gehandelt habe, damit die Nationalgarde nicht wie beim Staatsstreich 1831, einzeln hingeremdet würden. Der Angeklagte spricht sodann von seiner Verhaftung, die vom 1.—15. April dauerte, und von der Verwahrung der Kriegsvorräthe, die er unter sich hatte. Die Lieferanten hatten, wie er mittheilt, nicht an die Kommune verkaufen wollen, da sie an deren Bestand nicht glaubten, so daß eine besondere Kommission habe ernannt werden müssen, um die Rohstoffe, das Papier, den Pappdeckel, die Knie, das Salpeter x. anzuschaffen.

Zur Erinnerung für die deutschen Nordspatrioten.

1806—1807.

(Fortsetzung.)

Kapitulation Nr. 11. — Küstrin.

Am 17. Oktober hatte der Kommandant Oberst Jagersleben den Befehl erhalten, Küstrin gegen einen Angriff zu sichern. Es wurden für 3 Monate hinreichende Lebensmittel in die Festung geschafft, und am 30. Oktober waren alle Vorbereitungen fertig. Geschütze waren genug vorhanden, und an Munition fehlte es nicht. „Im Ganzen betrug die Besatzung etwa 2400 Mann, worunter 1600 völlig dienstfähige Mannschaften.“

Am 31. erschien die Avantgarde der französischen Division Gudin in der Nähe. Die von der Festung zum Reconosciren ausgesandte Kavallerie wurde zusammen mit der Infanterie zurückgeworfen, und der Feind drang gleichzeitig mit den Preußen in den Brückenkopf. Der Kommandant brannschleunig die Brücke ab und wollte die Franzosen durch bloße Lebensarten zur Ruhe verweisen. Der Ingenieuroffizier vom Platz, Lieutenant Thynkel, machte ihm das Lächerliche dieses Verfahrens deutlich. Nun fing Jagersleben mit den Franzosen zu unterhandeln an. Der General Gudin forderte die Uebergabe und drehte mit Bombardement. Gleich darauf erhielt er Befehl abzumarschieren und ließ nur das 85. Regiment vor der Festung. In einer Versammlung der Stabsoffiziere der Garnison wies der Kommandant sofort auf das Trostlose der Lage hin. Der Oberst Weyher vom Regiment Prinz Heinrich und der Oberst Mantuffel vom Regiment Jenge erklärten sich für die Uebergabe; der Oberst Boumann von der Artillerie „antwortete, der Kommandant könne thun und lassen, was er wolle“. Der brave Ingenieurlieutenant Thynkel sprach sich zu Gunsten energischer Verteidigung aus. Jagersleben, Kapitular vom reinsten Wasser, übergab die Festung; selbst das flehentliche Gesuch seiner Frau, die ihn anhielt, als er sich auf seinem Gange zu den Franzosen über die Oder setzen lassen wollte, „er möchte seine Familie nicht unglücklich machen“, konnte ihn nicht erhärten. Die Kapitulationsbedingungen wurden von dem französischen General Gauthier diktiert. Der Lieutenant Thynkel verweigerte die Unterschrift.

„Gleich nach vollzogener Unterschrift fuhr der Kommandant in Begleitung des (französischen) Obersten Duplin und zweier Soldaten über die Oder zurück, und in geringer Zeit war die Festung durch hinüberziehende Grenadiere besetzt. Die auf dem Marktplatz versammelte Besatzung warf theils aus Unwillen, theils unter Jubel und Geschrei die Gewehre, Taschen und Säbel auf den Boden, und der Oberst Jagersleben mußte sich, überhäuft von den Vorwürfen der Subalternoffiziere, dem Marktplatz retten. Die Artilleristen auf den Wällen mußten mit Gewalt von den Geschützen entfernt werden.“

„Der Kommandant wurde wegen bewiesener Feigheit durch Kriegsgericht zum Todschießen verurtheilt, doch vom Könige mit lebenswärtiger Festungsstrafe begnadigt.“

Kapitulation Nr. 12. — Magdeburg.

„Magdeburg konnte bei irgend ernstler Gegenwehr nur durch einen förmlichen Angriff erobert werden.“

„Die Festung besaß 577 Stück Geschütz, überflüssige Munition, 20,339 Mann Infanterie, 2110 Mann wirkliche Artilleristen, 510 Mann Kavallerie, 1159 Mann von den Ponton- und anderen Trains, zusammen 24,118 Mann und 6563 Pferde.“ Es fehlte fast ganz an Kavallerie, und Mineurs waren gar nicht in der Festung.

An Mehl und Getreide war kein Mangel. Vieh hätte während 10 Tagen, vom 18.—27. Oktober aus der reichen Gegend des rechten Elbujfers wohl in die Stadt getrieben werden können; es war aber hierin Nichts gethan worden.

Gouverneur war der 73jährige Greis, General der Infanterie von Kleist, „ein stolzer, harter Mann.“ Er setzte sein volles Vertrauen auf den in der Festung zurückgebliebenen General Grafen Wartensleben, den wir schon in den Schlachten des 14. und auf der Flucht kennen gelernt haben. Wie übergebungswürdig dieser Brave war, ist aus den Worten zu erkennen, die er, wie die 1807 bei Oststadt aufgefangene Korrespondenz des Marschall Ney an Napoleon bezeugt, schon am 23. November, also vor der völligen Einschließung, an einen französischen Parlamentär richtete, der sich über den Eigensinn des alten Gouverneurs befragte: „Werst erst“ — sagte er — „brav Bomben und Granaten in die Stadt, so wird der eigensinnige Gouverneur wohl auf andere Gedanken kommen.“ Kommandant war der Oberst du Tresselt. Die Stimmung der Bewohner von Magdeburg war verlässlich. Belagert wurde die Festung vom Ney'schen Korps. Schon am 27. „beantragte der Gouverneur eine Unterredung, die auch am 28. zwischen ihm und dem General Vandamme zu Stande kam, aber keinen Erfolg hatte.“ Am 31. gab sich der ehemalige Wittmeister Willien, Bürgermeister von Stargardt, dazu her, das französische Bulletin, die Kapitulation von Prenzlau enthaltend, dem Gouverneur zu überbringen und ihm im Namen Ney's die Unmöglichkeit eines Entsatzes vorzustellen.

In der Nacht vom 4. zum 5. wurde Magdeburg bombardirt, aber nur schwach, da es den Franzosen an Belagerungsgeschütz fehlte. Am 5. forderte Ney wiederum die Uebergabe. Der Gouverneur wollte sich erst durch Absendung eines preussischen Offiziers von der Auflösung der Armee überzeugen. Am 6. sandten die Franzosen den bei Prenzlau gefangenen Major Wedell vom Leib-Kürassierregiment in Begleitung zweier französischer Offiziere hinein, der authentische Auskunfts über die Vorgänge bei der preussischen Armee erteilen sollte.

Der Gouverneur wagte nicht, einen förmlichen Kriegsrath zu berufen, zu dem alle Stabsoffiziere der Garnison hätten Zutritt haben müssen, sondern versammelte nur die in Magdeburg anwesenden Generale und den ihm sflavisch ergebenden Kommandanten. Es waren die Generale Graf Wartensleben, Renouard, Tschape, Alvensleben, Schaf, Schimonski, Graf Kunheim und Holzendorf. Obgleich „außer dem General Graf Wartensleben, dem ältesten General nach dem Gouverneur, alle Generale sich der Uebergabe der Festung mehr oder minder abgeneigt gezeigt hatten“, leitete der Gouverneur dennoch

die Versammlung, als ob er ihnen nur seinen feigen Entschluß mitzutheilen und sie ihn zu billigen hätten. „Er forderte keinen Rath von den Generalen, wies alle Entgegnungen darich zurück und kommandirte die Versammlung förmlich zur Unterschrift des aufgenommenen Protokolls.“

„Als der General Alvensleben fragte, wozu sie eigentlich berufen worden, und dabei äußerte, daß ihnen ja noch nichts fehle, sie noch alle rothe Böden hätten u., wies ihn der Gouverneur mit den Worten zur Ruhe: „Generalmajor von Alvensleben, Sie sind hier im Kreise der Jüngste, sprechen Sie, wenn Sie gefragt werden.“ An sprachlichem Muth fehlte es diesem Kleist also nicht. Dieser 73-jährige „Edle“ verstand nur nicht zu sterben.

Die der Verteidigung durchaus günstigen Berichte des Ingenieurs vom Platz, Hauptmann Kleist, der ebenso wie der Artillerieoffizier vom Platz, Major Hüser, nicht zur Konferenz hinzugezogen war, blieben ohne Wirkung auf den Gouverneur. Am 7. Nachmittags wurde ein Waffenstillstand, am 8. die Kapitulation abgeschlossen. Am 11. streckte die Garnison das Gewehr.

Außer den oben genannten, wurden noch die folgenden Generale, die „theils schwer krank, theils verwundet“ waren, gefangen: Müßling, Kaufberg, Ernest, Wedell, Bünting, Reitzenstein und Graf Hendel.

Marschall Ney giebt an, daß den Franzosen in die Hände fielen: „22,000 Mann von allen Waffen, 20 Generale, 800 Offiziere, 700 Kanonen, eine Million Pfund Pulver, 80,000 gefüllte Bomben, Eisen im Ueberflus, ein Pontontrain, 54 Fahnen und 5 Standarten, mehrere silberne Trompeten, und, im Zeughaufe vorgefunden, 346 fremdherrliche Fahnen und 10 dergleichen Standarten. Unter neu eroberten Geschützen befanden sich 39 Positionsgeschütze der Feldartillerie.“

Die Franzosen glaubten, der Kürfürst von Hessen hätte seine Schandgeschätze in die Festung gerettet, und hielten sehr genaue, jedoch vergebliche Durchsuchungen ab.

Brauchen sich die Franzosen des Vergleichs solcher Verteidigung wie die Magdeburgische mit den allerneuesten Straßburgs, Pfalzburgs und Belforts zu schämen? Die plebejischen Ubrich und Denfert sind brave, anständige Leute. Den Kleist, Jagersleben, Komberg u. s. w. muß man zurufen, wie Friedrich II. ein versagendes Pataillon angeheult haben soll: „Wollt Ihr verdammtes Kreuzzeug denn ewig leben?“

Kapitulation Nr. 13. — Die Plassenburg.

Die Feste Plassenburg bei Kulmbach konnte nicht durch einen Handstreich genommen werden, sondern nur durch eine regelmäßige Belagerung oder durch Aushungeru. „In jenem Falle konnte sie sich 30 Tage nach eröffneten Laufgräben halten.“

Erster Kommandant war der 64-jährige, „körperlich sehr geschwächte“ Generalmajor Uttenhofen; zweiter Kommandant der Major Müllle. Die Besatzung bestand im Ganzen, einige Invaliden eingerechnet, aus 629 Köpfen.

Am 11. Oktober in der Nacht legten die Franzosen in eine von der Mauer herabgelassene Bäckse ein Schreiben, welches die Aufforderung zur Uebergabe enthielt, „in französischem Style“. Die Antwort in preussischem Style sprach „von Verteidigung bis auf den letzten Mann“.

Am 15. erging die zweite und dritte, am 19. die vierte Aufforderung an die Besatzung. Am 11. November wurde eine fünfte gesandt, mit einer Drohung an den Major Müllle als geborenen Franzosen. Am 20. erfuhr man vom Feinde die Uebergabe Magdeburgs. Am 23. war man im Entgegenkommen schon so weit gediehen, daß einem französischen Regimente gestattet wurde, „ungehindert bei der Besatzung vorbei nach Hof zu marschieren“. Als am 25. mit förmlicher Belagerung gedroht wurde, beeilte sich der General Uttenhofen, die wacker Uebergabe zu vollziehen.

„So fiel die Feste Plassenburg, ohne daß der Feind ein Geschütz abgefeuert, und daß es der Besatzung an etwas Anderem als an Nachtabad gefehlt hätte.“

Der III. sozial-demokratische Partei-Kongress.*)

Boierversammlung, Sonnabend Nachmittags, im Wäandner Hof.

Anwesend sind 36 Delegirte.**)

Gabriel, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete um 4 Uhr die Versammlung mit einer Ansprache an die Anwesenden und hob hervor, wie Elge und Verläumdung fortwährend gegen die Partei angeheult seien, ohne etwas anzurichten, daß vielmehr trotz aller Verfolgungen die Zahl der Parteigenossen mächtig gewachsen. Es wurde nun zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten. Als solcher wurde Wedell mit 34 von 36 Stimmen gewählt, während auf Braade und Walster je eine Stimme fiel. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Braade aus Braunschweig gewählt, zu Schriftführern Hefner, Rotteler, Walster und Koss. Hiernach schritt der Kongress zur weiteren Tagesordnung über.

Zu die Mandats-Prüfungskommission werden gewählt: Buchardt aus Leipzig, Ehregott Müller und Weinert aus Dresden.

Es wird ferner beschlossen, da Liebknecht möglicher Weise behindert sein dürfte, das Referat über die politische Stellung der Partei zu geben, dasselbe auf die Tagesordnung der zweiten öffentlichen Sitzung zu legen und eventuell das Referat darüber von zu übertragen. Statt dieses Gegenstandes wird der dritte: Das allgemeine Stimmrecht für die Vertretung der Einzelstaaten und Kommunen, auf die Tagesordnung der ersten öffentlichen Versammlung gestellt.

Wedell beantragt hierauf, den Antrag der Dresdener Parteigenossen (Wiedermann), betreffend die religiösen Aufgaben der Partei, auf die Tagesordnung der öffentlichen Versammlung zu legen, da es seiner ganzen Natur nach sich hierfür eigne. Walster ist zwar in Bezug auf die Wichtigkeit des Gegenstandes mit dem Vorredner einverstanden, befürchtet aber, daß hierzu die Zeit der öffentlichen Versammlungen nicht ausreichend sein würde. Braade erklärt sich für die öffentliche Behandlung dieses Gegenstandes. Wiedermann aus Zweckmäßigkeitsgründen dagegen, worauf der Kongress von der Behandlung in öffentlicher Sitzung absieht.

Die Zeit für die geschlossene Sitzung des Sonntags wird nach lebhaften Debatten am Nachmittags 7, 6 Uhr bestimmt und eine Abänderung der Anzeige hierüber beschloffen.

*) Der Kongress hat zwar beschlossen, daß der „Volkstaat“ bloß die 3 Referate (nach der stenographischen Niederschrift) nebst den Beschlüssen zu veröffentlichen brauche, da es genügt, wenn die Verhandlungen durch das als Preschüre erscheinende Protokoll den Parteigenossen zur Kenntniß gebracht würden; allein da die Uebersetzung des Stenogramms uns erst in nächster Woche zugehen kann und im „Dresdener Volksboten“ bereits ein ziemlich ausführlicher Bericht über die öffentlichen Sitzungen vorliegt, glaubten wir denselben — mit ten notwendig erscheinenden Abänderungen — unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen.

**) Am folgenden Tage trafen noch 10 Delegirte ein; nicht eingerechnet in diese Zahl, sind die in Dresden anwesenden Delegirten.

In Bezug auf die Reihenfolge der übrigen Verhandlungsgegenstände befehlt es der Kongress vorläufig bei derjenigen, welche die gedruckte Vorlage darbietet.

Erste öffentliche Sitzung den 12. August, Abends.

Centralhalle.

Die Sitzung wird durch einen Geiang: „Eintracht“, ausgeführt von den Sängern des Arbeiterbildungsvereins, eröffnet.

Walster: Bürger! Delegirte der sozial-demokratischen Arbeiterpartei Deutschlands! Die Dresdener Parteigenossen haben gewünscht, daß ich für sie den Gefühlen der Freude Ausdruck verleide, welche sie beehren dürfen, die Delegirten ihrer Parteigenossen aus allen deutschen Ländern und darunter so manchen wackeren Vorkämpfer für unsere gemeinsamen Sache hier in Dresden begrüßen zu können. Dieser Wunsch befehlt es hier nicht, hat doch Jeder von Euch, Bürger, Delegirte, den Weg zum Kongress zurückgelegt mit dem vollen Bewußtsein der hohen und ersten Aufgaben, die ihm bevorstehen und mit dem festen Entschlusse, sie zum Segen der Menschheit mit lösen zu helfen. Der Geist der Eintracht und des Gemeinsinns, der immer unter uns walte, und selbst die berechtigtesten Gefühle des Einzelnen bescheiden vor den Ansprüchen der gemeinsamen hohen Interessen zurücktreten ließ, dieser Geist wird sich auch hier nicht verlogen. Ihr kommt hier, Bürger Delegirte, in die Hauptstadt desjenigen Landes, welches seinen allgemein anerkannten hohen Kulturstandpunkte insbesondere und ganz natürlich auch dadurch dokumentirt, daß es die meisten Sozialdemokraten unter den Bewohnern seines Bodens vor allen andern deutschen Ländern zählt. Die Dresdener Parteigenossen hatten es als Ehrentage angesehen, Euch hier durch ein Vorsorgegen begrüßen zu können, welches hauptsächlich der Verbreitung unserer Ideen und der Bekämpfung des Feindes gewidmet ist, und welches Dank der Regsamkeit der hiesigen Parteigenossen und besonders auch der unserer hiesigen Freunde vom allgemeinen deutschen Arbeiter-Verein in wenig Monaten die festen Grundlagen seiner Existenz gefunden hat.

So möge denn nun der Geist, der diesmal unseren Kongress beherrscht, so hell, klar und weithin strahlend sein, wie der Himmel ist, der heute auf den Kongress heraberschaut. Und nun, Freunde, stimmt mit mir ein in den Ruf: Hoch lebe die Erbfeindin der Menschheit, hoch die Bahnbrecherin einer andern besseren Zeit, hoch lebe die Sozial-Demokratie! (Bravo. Die Anwesenden stimmen ein.)

Wedell weist in Beantwortung des Grußes darauf hin, welches die Angriffe unserer Gegner gewesen seien, wie aber alle diese Angriffe nur dazu dienen hätten, unsere Partei mächtiger zu machen. Auch hier in Sachsen wären die Verfolgungen bedeutend gewesen, aber die bewährte Tapferkeit der Partei würde sich nicht verlogen.

Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung ergreift dann Jork das Wort und bringt zunächst den Gruch der nordischen Städte. Es freut ihn, sich in Dresden zu sehen, der Stadt, die schon gleich beim Anfang der Bewegung 1863 sich beteiligte.

Ueber den Notharbeitstag bemerkt Jork, daß die Forderung schon häufig vergeblich gestellt worden, daß aber die Tropfen zuletzt den Stein höhlen, und darum müsse auch bei dieser Gelegenheit der Gegenstand neu in Anregung gebracht werden. Unsere Ideen datiren nicht erst seit 1863, sie sind die notwendige Konsequenz der Bourgeois-Gesellschaft. Die Lage der Arbeiter ist durch die Industrie und ihren Fortschritt nicht gebessert worden. Im Gegentheil haben die Verbesserungen der Maschinen die Lage des Arbeiters verschlimmert. Damit ist aber auch das Bewußtsein der Arbeiter wacher geworden, um so lebhafter, je mehr sie mit den Fortschritten der Industrie in eine Lage versetzt werden, die sie als eine menschenwürdige schon längst nicht mehr erkennen können. Trotz der Verleumdung der menschlichen Arbeitskraft, welche die Maschinen darbietet, haben sie nur eine größere Belastung herbeigeführt, da sie die Nachfrage nach Arbeitskräften vermehrt und dadurch die Konkurrenz derselben vermehrt, die Arbeitslosigkeit crasser gemacht haben.

Das beste Besserungsmittel solcher Verhältnisse sei die Beschränkung der Arbeitszeit auf das benötigte Maß, auf ein Maß, welches zunächst verhindern würde, daß die Arbeiter infolge von Ueberbürdung durchschnittlich kaum ein Lebensalter von 30 Jahren erreichen. (Bravo.) Obwohl nun aber die Forderung, nicht mehr als nöthig Lebenskraft der Großindustrie zu opfern, eine so natürliche sei, stöße der Normalarbeitstag doch auf viele Gegner. Man sage, die Preise der Waaren würden dadurch theurer. Das sei falsch, wie das Beispiel Englands beweise. Ebenso falsch sei, daß Freizügigkeit und Gemeindefreie die Dinge von selbst ins Gleichgewicht brächen. Freizügigkeit und Gemeindefreie hätten nur die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit geschärft und würden dies auch fernerehin thun.

Die Deutschen haben ihren ausländischen Arbeitsbedürfnern durch übermässig verlängerte Arbeitszeit bisher schädliche Konkurrenz gemacht und den Lohn herabgedrückt. Die deutschen Arbeiter sind jetzt zu einer besseren Erkenntniß gekommen, und wie es sie unangeneum berührt, wenn ihnen jetzt durch schmeichele Arbeiter Konkurrenz gemacht wird, so haben die französischen und englischen Arbeiter die Konkurrenz der deutschen empfunden.

Man sage auch: der Nationalreichtum werde dadurch geschädigt in seiner Blüthe. Dieser Nationalreichtum läge aber bekanntlich nur in den feuerfesten Geldkisten der Kapitalisten.

Dann solle es die „reine Faulheit“ sein, daß die Arbeiter weniger arbeiten wollen, sie würden dann länger in Wirtschaften sitzen und mehr Geld verbrauchen. Da würden sie höchstens in ganz bedauerlichem Maße das Beispiel der Fabrikanten nachahmen. Im Uebrigen würde bei verkürzter Arbeitszeit mehr mit Lust und Liebe gearbeitet werden. Ist es notwendig, daß die Arbeit in einer förmlichen Hetze ausgeführt wird? Die Solidität leidet darunter, die Quantität werde gefördert durch diese Hetze, aber die Qualität verschlechtert.

Dann solle die „Freiheit“ des Arbeiters dadurch verletzt werden, daß durch Gesetz die Arbeitszeit beschränkt werde. Da möge man wohl bedenken, daß alle Gesetze, welche das Wohl der Gesamtheit fördern, notwendiger Weise die persönliche Freiheit des Einzelnen beschränken müssen. Man wehre doch auch den Selbstmördern, denen auch, die sich selbst verflümmeln wollen u. Nach dieser Richtung könnten die Gesetze nicht scharf genug sein.

Nun gäbe es noch halbe Gegner, die Freunde der sogenannten Selbsthilfe. Immer mache man die Sozialdemokraten dafür verantwortlich, wenn ein Strike gemacht wird. Eigentlich sollten sich die Anhänger der Selbsthilfe freuen, wenn die Arbeiter sich durch einen Strike selbst zu helfen suchen. Diese Herren predigen auch von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit und sehen sich durch Strikes fortwährend widerlegt.

Auch in unseren Kreisen giebt es noch unklare Elemente, die da meinen, es müsse bei Verkürzung der Arbeitszeit auch der Lohn sinken. Da möge man bedenken, daß sich der Lohn nach dem Angebot der Arbeitskraft richtet. Auch muß der Arbeiter immer so hoch sich vernehmen, daß der Arbeiter dabei leben kann. Bei verkürzter Arbeitszeit wird mehr Arbeitskraft gebraucht, dieselbe steigt also im Preis. In den Ländern, wo die Arbeiter am meisten arbeiten, verdienen sie am wenigsten. Wenn aber die Arbeiter nicht selbst Hand ans Werk legen, dann werden sie ewig Lohnslaven bleiben. Nequent beantragt deshalb folgende Resolution:

„Der heutige Kongress der sozial-demokratischen Arbeiterpartei erklärt es für die Pflicht eines jeden Arbeiters, einzutreten für Verkürzung eines durch Gesetz festgesetzten Normalarbeitstages von höchstens 10 Stunden zum Schutze der Arbeiter gegen übermäßig lange Arbeitszeiten, und in vollständiger Einverständniß mit der Arbeitseinstellung der Verkäufer Waaren und anderer Arbeiter, welche den Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit ausgenommen.“

Jung (Gruze) weist darauf hin, daß in den amerikanischen Staatswerkstätten nur 8 Stunden gearbeitet würde, während wir noch bei der Forderung von 10 Stunden stehen. Aus russischen Nachrichten legt er die deutsche Arbeitstage dar.

Ditrich (Schanda) vermißt, die Landleute ermahnen zu sehen, von denen die Weissen die Schweren und Längere Arbeit zu leisten haben, sei ihnen folglich auch am Meisten die notwendige Bildung vermisst wird, so daß sie sich jeder Zeit als Werkzeug der Pfaffen und folglich auch der Gewalt hergeben.

Eine große Unterbrechung tritt infolge des Ausströmens von Gas in einer Ecke des Saales ein, die Richter des dichtgedrängten Saales verließen, eine allgemeine Bewegung tritt ein, nur die Richter des Sälaus bleiben brennen, in Folge der durch die Worte vom Präsidialrat legt sich die Unruhe und es ergreift das Wort)

Müller (Dresden.) Derselbe geht gleichfalls näher auf die Lage

*) Weil sie nicht so viel Blutsroon'sches Ehrgefühl wie die Herren Offiziere hatten.

des Arbeiters ein, weiß vorzüglich darauf hin, wie gefährlich die ständige lange Arbeitszeit auf das Familienleben einwirkt und jedes menschenwürdige Dasein unmöglich macht. Bis jetzt ist der Arbeiter so gestellt gewesen, daß er nicht einmal über seine Lebenslage ordentlich nachdenken kann.

Ein Antrag auf Schluß der Rednerliste von Burckhardt und Stelzner (Leipzig) wird angenommen.

Wolff (Kugsbürg). Vertreter, das noch Nichts für die Feldarbeiter getan worden ist. Dies ist allerdings geschehen, aber die Wirkung ist eine geringfügige gewesen, weil die Bewegung nur da kräftig eintritt, wo durch die Industrie große Massen von Arbeitern rekrutiert sind. Das Ziel sei übrigens, daß an Stelle des Arbeitslohnes der Arbeitsertrag treten müsse, das sei die Radikalforderung, inwieweit aber und bis wie weit sich, muß das Uebel gemildert werden.

Hempel (Dresden). In Bezug auf die ländlichen Arbeiter empfehle ich in Berücksichtigung der herrschenden Verhältnisse eine Jahresrechnung von Arbeitsstunden. Im Uebrigen bemerke ich, daß bei den Staatsbeamten eine ständige Arbeitszeit gelte bei höherem Gehalt, ohne daß der Staat deshalb als in Gefahr befindlich angesehen würde. (Bravo.)

Wöhling (Leipzig) hofft von der Einführung der Normalarbeitszeit zum keine gründliche Heilung.

Referent Jork zum Schluß weist dem gegenüber darauf hin, daß der Kampf für den Normalarbeitstag in anderen Ländern, England z. B. den Uebergang zu kräftigen Kämpfen bilde, weil diese Verbesserung die Arbeiter in jeder Hinsicht stärke.

Die Resolution wird einstimmig angenommen und ist hiermit der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Bracke übernimmt den Vorsitz.

Bebel spricht zum 2. Gegenstand der Tagesordnung. Er weist darauf hin, daß die Arbeiter ihr Ziel nicht eher erreichen werden, bis sie ihre Stimme in die Waagschale legen können. Bei dem deutschen Reichstag sei das allgemeine Wahlrecht namentlich durch Entziehung der Wahlen für die Abgeordneten, durch Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, der Pressefreiheit u. s. w. verkrüppelt. Bei den Einzelstaaten und Gemeindevertretungen fehle das allgemeine Wahlrecht überhaupt, das liege eben an der sozialen Ungleichheit. Ungleichheit soziale Verhältnisse bedingen die politische Ungleichheit. Bei Gewährung des gleichen Wahlrechts habe die Bourgeoisie darum auch gehofft, die Arbeiter würden sich als „Stimmvieh“ gebrauchen lassen. Seitdem aber die Arbeiter das Prinzip aufgestellt, nur Leute, welche ihr Programm vertreten wollen, zu wählen, geht die gesamte liberale Bourgeoisie mit der Reaktion in allen ihren Ausrichtungen Hand in Hand. Das beweist, daß die Vertuschung der wahren Sachlage nicht mehr möglich, und daß demnach der Sieg der großen Arbeiterklasse immer näher rückt. Dazu gehört, daß wir das Recht der Wahl für alle auch bei den Landtagen und in der Kommune auf unsere Fahne schreiben. Redner erörtert die Berechtigung und Pflicht hierzu aus den vielen Lasten der Arbeiter, der Geld- und Steuerlasten, und den indirekten Steuern (pro Kopf 1 1/2 Thaler jährlich). Das preussische Wahlrecht sei das schlechteste — nach Bismarcks eigenem Ausspruch.

Der Redner erörtert nun die Bedingungen, die in den verschiedenen deutschen Ländern dem Wahlrecht zu Grunde gelegt werden. Er geht auf vor allem den Census, der z. B. in Sachsen den Mann, der 10 Thlr direkte Steuern zahlt, für intelligent genug hält, gewählt zu werden. Wir müssen uns aber alle Tribünen erobern, um den Gegnern auch alle ihre Ungerechtigkeiten vorwerfen zu können. Von diesen Tribünen aus kann am besten für unsere Sache agitiert werden. Es ist charakteristisch für das Regierungsvormögen unserer herrschenden Bourgeoisie und Reaktion, daß sie in ihrer Verwaltung der Staats- und Kommunegebelde immer großartige Schulden machen und die Taschen von den Arbeitern aufbringen lassen, deshalb aber auch die Arbeiter von den Verwaltungen auszuscheiden versuchen, damit ihre Wirtschaft nicht ins gehedrige Licht gesetzt werde. Umso mehr müssen die Arbeiter ihre Rechte zu erobern streben. Wir brauchen dazu keine Gewalt, wenn die Arbeiter in Masse für ihre Ideen eintreten; die Ideen kann man nicht verbieten, das hat z. B. das Christenthum bewiesen. Er empfiehlt deshalb folgende Resolution, die mit höchstem Beifall aufgenommen wird:

„Der Kongreß empfiehlt den Parteigenossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für die Wahlen zu den Landtagen der Einzelstaaten und der Gemeindevertretungen zu agitieren.“

Kosak (Dresden) will nur zur Befähigung auf die letzte Wahlkampagne, namentlich in Dresden, eingehen. Der Reichstagsabgeordnete Wigard habe die soziale Frage als „noch nicht spruchreif“ befunden.

Hirsch (Grimmischau). Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich die Sozialdemokratie auf die Kommunalangelegenheiten wirt. Das allgemeine gleiche Wahlrecht in den allgemeinen Staatsangelegenheiten genügt nicht, wir brauchen die direkte Gesetzgebung durch das Volk. In der Kommune sei dies möglich. In Grimmischau haben die Gegner den Sieg der Sozialisten einer Vernichtung der Bourgeoisie herbeigeführt. Leider hätten bei der letzten Wahl die Gegner gesiegt und seit der Zeit würden die Gemeindegelder fast nur für die Interessen der Bevorrechtigten ausgegeben. An dem endgültigen Erfolg der Sozialdemokratie ist nicht zu zweifeln. Die Zukunft bringt uns den Sieg. Konnten doch unsere französischen Brüder soeben nur durch das Zusammenwirken der deutschen wie der französischen Armee niedergeworfen werden!

Reichelt (Hannover). Man muß für eine solche Resolution nicht bloß stimmen, sondern auch auf ihre Erfüllung hinwirken. Das allgemeine Wahlrecht ist, da hätte Einer, der mit 20 Sch. n. seine Wirtschaft betreibt, ein bevorzugtes Wahlrecht zu genießen. Der Mann könne beschaffen sein, wie er wolle. Es stimme a) so nicht die Intelligenz des Mannes, sondern die 20 Sch. n. Grund genug, ein solches Wahlrecht als verwerflich mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Ein Redner hat sich weiter zu Worte gemeldet, Bebel schließt deshalb die Versammlung, nachdem auch diese Resolution einstimmig angenommen, mit der Bemerkung, daß die nächste öffentliche Versammlung morgen Sonntag 11 Uhr beginnen werde.

Zweite öffentliche Sitzung, den 13. August, im Saale der Centralhalle.

Bebel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr Vormittags und theilt mit, daß Liebknecht um 12 Uhr eintreffen und sein Referat übernehmen werde. Er bitte deshalb, die in Gegenstand zur Zeit vorzunehmen und mit dem Hauptpflichtgesetz zu beginnen. Die Versammlung ist damit einverstanden und es ergibt sich das Wort der Referent.

Bracke (Braunschweig). Daß der Reichstag die Interessen der Arbeiter nicht besonders berücksichtigt und gepflegt hat, ist eine allgemein bekannte Thatsache.

Ganz besonders zeigt sich dies beim Hauptpflichtgesetz und namentlich bei § 4. In Bezug auf die Hauptpflicht der Eisenbahnen ist der Gerechtigkeit Genüge geschehen. Hier hätte es sich allerdings zugleich um den Schatz der anderen Klassen der Bevölkerung gehandelt. Statt aber die Konsequenzen dieses Paragraphen auch auf die übrigen gewerblichen Unternehmungen auszuwirken, um Leben und Gesundheit besonders der Arbeiter zu schützen, sei der Reichstag auf halbem Wege stehen geblieben und habe sich auf dem Gebiet der eigentlichen Industrie ganz auf Seite der Arbeitgeber gestellt. Hier seien die gesetzlichen Bestimmungen derart, daß es dem Arbeiter, zumal bei seiner notorischen Arbeitslosigkeit in den wenigsten Fällen gelingen würde, die Arbeitgeber bei durch ihre Verschulden herbeigeführten Verletzungen zur Schadloshaltung zu zwingen. Namentlich geschehen derartige Unglücksfälle durch leichtsinniges Gebahren aus Versehen, besonders häufig in Fabriken und Bergwerken. Redner vertritt als Beleg verschiedene naturliche Zusammenhänge des Geheimraths Engel in Berlin. Daraus ergibt sich, daß nur die bei Weitem kleinere Hälfte der sich ereignenden Unglücksfälle von dem Hauptpflichtgesetz betroffen werde. Ausgeschlossen sei auch die Schädigung der Arbeiter durch ungesunde Arbeitsverhältnisse, schlechte Kost und Wohnung, wo solche vom Arbeitgeber geübt werden. Was für dauernde Schädigungen geschehen da durch, aber auch der Umfang der Entschädigungen sei ein vollständig ungenügender.

Die jüngeren Geschwister haben z. B. kein Recht der Entschädigungsforderung, wenn ihnen durch Verunglückung des älteren Bruders die Stütze verloren geht. Auch die Herzensbündnisse würden nicht berücksichtigt, wenn sie nicht durch Pfande oder Verzicht sanktioniert

sind. Auch das gerichtliche Verfahren sei wenig zufriedenstellend. Wer würde z. B. wohl als Sachverständiger gewählt? A. Weiter sicherlich nicht.

Im Momente, wo ein Unglück stattgefunden, müssen Vorkehrungen möglich sein, die den Thatsache des Falles feststellen lassen, daß das jetzt hinreichend Möglichkeit gegeben ist, denselben zu vermeiden.

§ 4, welcher von dem Reichstage der Regierungsvorlage beigelegt worden, bestimmt, daß, wo der Unternehmer 1/2 der Beiträge in eine Krankenkasse, zu welcher der Verletzte gehöre, gezahlt, ihm das als Entschädigung angerechnet werden solle, so daß die Arbeitgeber in solchen Fällen bloß 1/2 des Schadens tragen müssen. Mittels Zwangskassen können die Arbeitgeber sich also auf die leichteste Weise freimachen zu Ungunsten der Arbeiter. Endergische Kämpfe wird es von Seiten der Letzteren kosten, gegen die Folgen des § 4 anzukämpfen. Er wird aber infolge dessen die sozialistische Bewegung sich stärken, und diese wird zu einem besseren Hauptpflichtgesetz führen.

Redner stellt hiermit folgende Resolution:

„Der Kongreß erklärt: Der Reichstag hat, wie überhaupt, so besonders bei dem, angeblich im Interesse der Arbeiter erlassenen Hauptpflichtgesetz, dieses Interesse in so mangelhafter Weise berücksichtigt, daß das erlassene Gesetz weit davon entfernt ist, die gerechten Forderungen der Arbeiter nach ausreichendem Schutz gegen Gefahr an Leib und Leben und nach genügender Entschädigung bei eingetretenen Unglücksfällen zu befriedigen.“

Ukert (Chemnitz) geht auf die Einrichtung der Krankenkassen ein, der Arbeiter erfährt von derselben häufig gar Nichts und welches Zwangsmittel, welches Hemmnis für die freie Bewegung der Arbeiter, die sich erst wieder in eine neue Kasse einzulassen müßten, liegt darin! Er erörtert weiter, daß die Unglücksfälle gar nicht so häufig vorkommen würden, wenn die Arbeiter Geld kosteten. (Bravo!)

Grober (Chemnitz) weist darauf hin, wie häufig die unter Verwaltung der Arbeitgeber stehenden Kassen veruntreut würden, ohne daß die Arbeitgeber dafür verantwortlich gemacht würden.

Jork (Hamburg) will sich weniger mit dem Gesetz, als seinen Urhebern beschäftigen. Diese Ordnungsbände hätte wohl gefügt, daß es an ihre Taschen gehen würde, wenn sie den § 4 des Hauptpflichtgesetzes weiter ausgedehnt hätten. Der weiße Laster habe deshalb den famosen § 4 gebracht. Er behauert, daß die Arbeiter sich nicht in anderer Weise gegen dieses Gesetz wenden. Der Reichstag hat sich damit um den letzten Kredit gebracht, viel Kredit habe er überhaupt nie befehen.

Der anwesende Polizeikommissar Weller macht bemerkt, daß er dem Redner wegen Beleidigung des Reichstags würde das Wort entziehen lassen müssen.

Jork: Ich werde es darauf ankommen lassen. Der Reichstag hat durch sein Verhalten in dieser Frage bewiesen, daß er das Recht der Arbeiter mit Füßen tritt.

Der Polizeikommissar Weller verlangt, daß Bebel dem Redner das Wort entziehe. Bebel sieht sich dazu genötigt und thut dies um so bereitwilliger, als eben Redner seine 10 Minuten Redezeit erschöpft hat. Jork verläßt unter einem donnernden, anhaltenden Beifallssturm die Tribüne.

Engelhardt (Zwickau): Die Wahrheit wird bei Unglücksfällen häufig vertuscht, Polizei und Staatsanwaltschaft sind da nicht so schnell zur Hand, und selbst unter den Arbeitern giebt es Subjecte, welche zur Vertuschung durch ihre Aussagen beitragen. (Lauter Pfui.) Als die Arbeiter das Gesetz des Reichstags sahen, da schlugen sie die Hände über dem Kopfe zusammen und riefen: „Daß Gott erbarm!“ (Bravo.)

Der Schluß der Debatte wird angenommen; Bracke's Resolution bedinglich.

Bebel theilt mit, daß Liebknecht noch immer abgehalten sei und daß also das Referat übernehme, daß ihm aber der anwesende Polizeikommissar erklärt habe, die Redner dürften die Pariser Kommune nicht erwähnen.

(Sensation, Gelächter.)

Roß beginnt damit, daß seltsame Verhalten der Behörde zu dem Kongreß und seinen beabsichtigten Verhandlungen zu erörtern, wird aber von dem Polizei-Kommissar unterbrochen, welcher mit ihm spricht.

Bebel erklärt hierauf, daß es des Kongresses durchaus unwürdig sei, sich von der Polizei in seinen Meinungs-Äußerungen schmeicheln zu lassen; er protestirt im Namen des Kongresses gegen ein solches Verfahren und bittet den Referenten, nur die Resolution zu verlesen, ausgedachten Gründen aber aus weitere Wort zu verzichten.

Roß entspricht dem und stellt folgende Resolution:

„Der Kongreß erklärt seine volle Zustimmung zu der Haltung des Parteicongresses „Volkstaat“ gegenüber den politischen und sozialen Fragen des vergangenen Jahres. Insbesondere billigt der Kongreß den durch den „Volkstaat“ unterhaltenen geistlichen Zusammenhang der deutschen Sozialdemokratie mit der Internationalen Arbeiter-Assoziation.“

Die Resolution wird mit großem Jubel angenommen und unter lebhafter Demonstration gegen die polizeilichen Maßregelungen.

Rechner (Berlin) fragt an, ob es den überwiegenden Polizeibeamten in Sachen gestattet sei, sich mit den Rednern in Diskussion einzulassen, hat, wie es im preussischen Vereinsgesetz vorgeschrieben sei, sich nur mit dem Präsidenten in Verbindung zu setzen.

Bebel bemerkt, daß wir in einem Polizeistaate lebten, wo der Polizei außerordentliche und nicht definierbare Nachbeugung sie eingeräumt seien. Er ermahnt sodann noch zur tätigen Theilnahme an den Arbeiterbestrebungen und schließt mit einem Danke für die rege Theilnahme der Dresdner Parteigenossen die zweite öffentliche Sitzung des Kongresses.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Rürnberg, den 12. August. Auf unsere Aufforderung im „Volkstaat“ sind bis jetzt keine bestimmten Anträge in Betreff der Generalversammlung bei uns eingelaufen, und wir sehen uns deshalb zu selbständigem Voranschlag veranlaßt: da es unter den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich ist, eine Generalversammlung abzuhalten, indem an mehreren Orten die Mitgliederzahl zu schwach ist, um einen Delegirten senden zu können, da ferner einige Mitgliedschaften seit geraumer Zeit nichts mehr von sich hören lassen, die Mitgliedschaft in Nürnberg sowie der Ausschuss aber die Verlesung des Vorort's wünschen, so bringen wir hiermit folgenden Antrag zur Urabstimmung.

Die Mitgliedschaften des allgemeinen deutschen Schneidervereins beschließen, unter Verlesung des §. 14 den Vorort auf die Dauer eines Jahres nach Berlin zu verlegen.

Wir fordern sämtliche Mitgliedschaften auf, diesen Antrag baldmöglichst in Versammlungen zu discutiren, und darüber zu beschließen; und den Beschluß uns spätestens bis zum 15. September zugehen zu lassen. Es ist jedoch notwendig, daß überall beifällig wird, wie viel Mitglieder für diesen Antrag stimmen, und wie viel dagegen. Zugleich müssen wir die Aufforderung ergehen lassen, die noch fälligen Abrechnungen bis spätestens 30 August einzuliefern, damit die Hauptkassette ebenfalls abrechnen kann, und dann eine geordnete Uebergabe möglich ist.

Da die Mitgliedschaften zu Mainz und Wiesbaden trotz ergangener brieflicher und öffentlicher Mahnung wider Bericht noch Abrechnung bis jetzt eingeleistet haben, sehen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Sollten die betreffenden Mitgliedschaften ihren Verpflichtungen gegen den Vorort bis zum 30. August a. e. nicht nachkommen, so betrachten wir dieselben als aus dem Verein ausgetreten.“

Ferner diene noch zur Beachtung; daß der bisherige Geschäftsführer Baumann sein Amt niedergelegt hat, und der Unterzeichnete provisorisch mit der Leitung der Geschäfte beauftragt worden ist. Es sind deshalb alle Briefe, Aufschreiben u. an letzteren zu richten. Gelder sind wie bisher an den Hauptkassierer Nikolaus Müller, Judengasse No. 22 I. Etage zu senden.

Mit sozialdemokratischem Gruß für den Ausschuss: Georg Hertel, Blamersgasse 5 III.

Berlin. Am letzten Freitag fand hier eine General-Versammlung der hiesigen Schneidergesellschaft behufs Unternehmung der Berliner Maurer in ihrem Kampf für die 10-stündige tägliche Arbeitszeit statt. Die Versammlung war von unseren Mitgliedern in hiesigen Striße-Verein der Schneider angeleitet, und von letzterem beschloffen worden. Obgleich der Anzahl der hiesigen Schneidergesellschaft nach nicht genügend besucht, zeigte die Versammlung doch volles Verständniß für die Wichtigkeit der Sache und nahm die gestellten Anträge und Resolution einstimmig an. Es wurde in der Resolution ausgesprochen, daß es Pflicht jedes Kollegen sei, den Striße-Verein und moralisch zu unterstützen, und dadurch hauptsächlich die Solidarität der Arbeiter-Interessen zu dokumentiren. Die Anträge gingen dahin, eine Kommission zu beauftragen, mittelst Listen in den Werkstätten wöchentliche Sammlungen, so lange der St. i. e. dauert, zu veranstalten. Der Ertrag einer sofortigen Sammlung wurde dem anwesenden Vertreter der Maurer, Herrn Paul, eingehändig, und hat die gewählte Kommission innerhalb 4 Tagen schon circa 70 Thlr. gesammelt und an die Maurer abgeliefert.

Unsere Vertreter sind überhaupt unter den hiesigen Kollegen immer mehr Anerkennung, und dient z. B. schon als Beweis dafür die Thatsache, daß der größte Theil des Gesamtvorstandes des Striße-Vereins, welcher (beiläufig bemerkt) circa 100 Mitglieder zählt, aus Mitgliedern unseres Vereins besteht.

Es wurde in einer der letzten Versammlungen des betreffenden Vereins eine Kommission gewählt, welche eine sanitätspolizeiliche Untersuchung der angehenden Werkstätten veranlassen s. l. Nächstens kommt der Normal-Arbeitstag, die Zucht- und Konfektions-Arbeit zur Verhandlung. Der größte Theil der Striße-Vereins-Mitglieder ist mit unseren Prinzipien vollständig einverstanden. Nächstens darüber mehr.

Was nun unsern, den Allgemeinen Deutschen Schneiderverein betrifft, so haben die hiesigen Mitglieder in der letzten Versammlung beschlossen, da nach den uns zugegangenen Nachrichten eine Generalversammlung leider dies Jahr nicht möglich erscheint, beim Ausschuss und der Centralkommission den Antrag zu stellen, mittelst Urabstimmung den diesjährigen Sitz des Vorort's und der Kontrollkommission feststellen zu lassen. Motive: Eine Generalversammlung ist ohne schwere finanzielle Opfer der Haupt- wie Ortskassen und der einzelnen Mitglieder nicht möglich, auch sind nach unserer Ansicht wesentliche statutarische Veränderungen nicht erforderlich; jedoch ist durch die §§ 1 und 14 des Statuts der jährliche Wechsel des Vorort's und der Kontrollkommission bedingung, auch im Interesse der Kassenerhaltung sowie der einzelnen Mitgliedschaften unbedingt notwendig. Dieser Beschluß ist dem Ausschuss und der Kontrollkommission bereits mitgeteilt; inwieweit die Sache geht, ist uns nicht bekannt, da eine Veröffentlichung darüber im „Volkstaat“ noch nicht stattgefunden hat,*) und brieflich uns nichts zugegangen ist. Wir halten im Interesse des Vereins dringen geboten, daß die Sache beschleunigt werde, damit beim Eintritt der Herbstferien durch den neuen Ausschuss resp. Centralkommission ganz entschiedene Schritte gehen werden, um die Ausbreitung des Vereins zu befördern. Als ein der dazu geeigneten Mittel erscheint uns ein Rundschreiben an bekannte Parteigenossen und Geschäftsgenossen, worin zur Gründung von Mitgliedschaften aufgefordert, und die Nothwendigkeit des gemeinsamen Handelns gegenüber der Konfektion- und Zuchtanarbeit dargestellt, sowie die Folgen der Indifferenz und Zerstückelung unter den Kollegen klar gelegt werden müssen u. s. w.

Im Auftrag der Berliner Mitglieder erlaube ich nun hierdurch alle Mitgliedschaften, ihre Ansichten über unsere Vorschläge schleunigst dem Ausschuss resp. der Kontrollkommission zugehen zu lassen, damit es möglich werde, das Resultat der Abstimmung bis 1. September d. J. zu veröffentlichen, um in kürzester Zeit die Ueberführung der Geschäfte an die Neugewählten bewerkstelligen zu können.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handshlag
A. Reimann,
Bevollm. des allg. deutschen Schneidervereins, alte Jacobstr. 6.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher und verwandten Gewerke.

Köln. Ich möchte an den Vorstand der internationalen Schuhmachergewerkschaft die Frage richten, warum er die Resolution der Kölniger Schuhmacher vom 15. Juni d. J., betreffend die Einberufung eines allgemeinen Schuhmachertags, nicht im „Volkstaat“ veröffentlicht hat? W. Lehmann.

Banan, den 16. August. Siegreicher Kampf sämtlicher Bijouterie-Arbeiter.

In Folge der allgemeinen Erregung in hiesigen Arbeiterkreisen haben die Bijouterie-Arbeiter im Laufe dieser Woche eine Forderung um Lohnerhöhung den hiesigen Fabrikanten gestellt, welche von der Mehrzahl der Herrn Fabrikanten sofort ohne alle Weiterung genehmigt wurde. In fünf Fabriken kam es zu einem 1 1/2-stündigen Strike, welcher schnell und siegreich endete.

Der Cigarrenarbeiterstrike steht sehr gut. Seit gestern finden mit einem der größten Fabrikanten Verhandlungen statt und scheinen dieselben einem günstigen Abschluß nahe.

Der Fabrikantenbund ist gesprengt. Richter-Wandstedt.

Halberstadt. Werthe Kollegen! Die Ihr Alle wohl schon erfahren habt, ist unser Strike so hartnäckig, daß wir uns veranlaßt haben, an Euren Gerechtigkeits-Sinn zu appelliren; es steht hierorts für die streikenden Kollegen sehr traurig, es sind durch die Hartnäckigkeit der Fabrikanten viele Arbeiter, worunter eine Anzahl mit sehr harter Familie, in eine höchst bedenkliche Lage versetzt. Die Herren Fabrikanten haben sich geeinigt, keinen Pfennig Lohnerhöhung zu gewähren, wir aber sind fest entschlossen, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, als bis unsere gerechten Forderungen bewilligt sind. An Euch ist es also, uns in unserer bedrängten Lage beizustehen, um uns zum Siege zu verhelfen, denn unser Sieg ist ja auch der euerige; wir rüsten deshalb an Euch die Bine, uns nach Kräften zu unterstützen; denn wenn die Hälfte von Euch nicht ausbleibt, so muß der Sieg unser werden, und werden wir dann genügend sein, in jedem ähnlichen Fall helfend einzutreten, wie wir es ja früher stets gethan haben.

Ueber die einlaufenden Gelder werden wir im „Volkstaat“, „Volkstaat“ und „Neuen Sozial-Demokrat“, Quittung abgeben.

Etwaige Unterstüßungen wolle man an unsern Strike-Kassierer Herrn Johann Rodden, Kornstraße No. 20 einpenden.

Mit kollegialischem Grusse
Das Komitee der streikenden Cigarrenarbeiter.
J. A. Richard Kahlberg.

Reichenberg, den 13. August. Sämmtliche Arbeiter der Kragensfabrikation in Reichenberg haben die Arbeit eingestellt.

Wir geben hiermit zur Kenntniß, den Bezug nach Reichenberg zu verhindern.

Unterstützungen sind zu senden an Herrn Johann Schöffig, Kasbaum zum Hirschen.

Mit demokratischem Gruß und Handshlag Das Komitee.
Reichenberg, 14. August. (Weiterer Strike.) Wir Arbeiter der Kammerfeger-Fabriken in Reichenberg und Umgebung haben, da unsere Forderungen nicht berücksichtigt wurden — wir verlangen die 10-stündige Arbeitszeit und 30% Lohnerhöhung — uns geeinigt, Montag, den 14. August, die Arbeit einzustellen. Wir ersuchen daher alle Freunde, Brüder und Fachgenossen, welche unsere Lage zu würdigen verstehen, alle Hände anzubieten, daß das Banner der Arbeit nicht in den Staub getreten werde. Also reicht die Bruderhand und helfe schnell, daß wir der vereinigten Kapitalmacht auch erfolgreich die Stirne bieten können! Hauptsächlich warnen wir strengstens vor Bezug, da die Fabrikanten beabsichtigen, Arbeiter aus Deutschland heranzuziehen.

Für das Strike-Komitee:
Johann Ell.
Unterstützungen bitten man zu senden an Josef Ulrich, Schützen-gasse No. 60/1, Reichenberg.

Der Strike der Metallarbeiter, welche schon acht Tage feiern, dauert fort.

*) Und dieses Drittel ziehen sie den Arbeitern am Lohn ab, so daß sie folglich nichts zu zahlen haben.

*) Siehe die vorstehende Nürnberger Korrespondenz. D. Red.

Präsident: Und das Petroleum?

Vize: Nein!

Präsident: Sie haben Petroleumbomben fabrizirt.

Vize: Die Petroleumbomben wurden während der ersten Belagerung fabrizirt. Die Nationalgarden hatten vor Gründung der Kommune Augen mit eisernen Spitzen und Sprengkugeln.

Regierungscommissar: Dies ist eine Infamie!

Präsident: Wir können dies nicht zulassen.

Regierungscommissar: Gehen Sie nicht weiter in diesen Behauptungen.

Vize: Ich fand, und bin nicht der Einzige, Katenen aus Zink, von denen eine große Anzahl im Industriepalast lag, die dazu bestimmt waren, während der Belagerung durch die Preußen Petroleum auf sie zu werfen.

Regierungscommissar: Dies ist nicht zulässig. Es ist nicht erlaubt, solche Dinge zu sagen.

Ein prächtiger Regierungscommissar das, ein wahrer Simson ins Französische überseht! „Es ist nicht erlaubt, solche Dinge zu sagen“ — „solche Dinge das heißt die Wahrheit.“ „Es ist nicht erlaubt“, die Wahrheit zu sagen. Denn die Wahrheit ist das höchste Verbrechen in den Augen der Lüge.

Das Werk soll den Meister loben. Wie es mit dem „glorreichen Frieden“ steht, welchen der große Bismarck mit Frankreich abgeschlossen hat, das zeigt folgende offizielle Jeremiade der Berliner „Spener'schen Zeitung“:

„Die Friedensverhandlungen in Frankfurt a. M. nehmen keine erfreuliche Wendung. Die französischen Bevollmächtigten finden in ihren Instruktionen, wie es scheint, nur Wünsche und wissen dieselben unaufhörlich geltend zu machen. Dagegen ist von einem Eingehen auf unsere Wünsche nirgends die Rede. Stets begehren und keine Gegenleistungen bieten, das ist nicht die Art des Unterhandelns. Auf diese Manier kommt man keinen Schritt einander näher. Oder ist man französischerseits gemeint, das Entgegenkommen sei Aufgabe des Deutschen Reichs? In Betreff des Modus der Räumung des besetzten Gebiets, worauf das Bestreben Frankreichs gerichtet sein mag, wäre wohl zu verhandeln gewesen. Aber es fehlt an jeder Geneigtheit zu Gegenleistungen. Die Wünsche Deutschlands gehen hauptsächlich darauf hin, Erleichterungen für Elsas zu erlangen; sie fanden bisher nicht das mindeste Gehör. Beim Abschlusse des Friedensvertrages durfte (?) man sich der Erwartung hingeben, zu Frankfurt a. M. das Friedenswerk zu baldigem Abschluß zu führen. In dieser Erwartung sieht man sich nun getäuscht. Die Verhandlung geräth ins Stocken; man hat sich darauf gefaßt zu machen, daß sie abgebrochen wird. Deutschland würde in diesem Falle mit voller Ruhe(???) den Franzosen Zeit lassen, um zur Besinnung zu kommen und um die Wiederaufnahme der Unterhandlungen durch entsprechende Anerbietungen zu ermöglichen.“

Nun, „abgebrochen“ werden die Verhandlungen so schnell nicht werden; aber sie werden sich in die Länge ziehen, bei jedem Schritt werden Hindernisse auftauchen — mittlerweile nehmen die Reibungen zwischen unsern Okkupationstruppen und den Franzosen einen immer gewaltsameren Charakter an, und eines schönen Morgens geht die Blut- und Eisenarbeit von Neuem los — weil Bismarck ein „gemialer“ Staatsman ist. — Gott behüte mich vor meinen Freunden! kann der Fürst Bismarck ausrufen. Vor einigen Tagen erleben wir, daß ihn einer seiner knechtlichsten Bewunderer, Hans Blum, der Fälschung bezüchtigte und ihm die furchtbare Blutschuld des letzten Kriegs aufzubürden versuchte; und heute finden wir in dem ebenso leicht- und Bismarckseligen Leipziger „Tageblatt“ folgenden wüthigen Angriff auf die Ehre des „großen Staatsmanns“:

„Das neueste Heft der „Preussischen Jahrbücher“ enthält u. a. einen interessanten Aufsatz des in Florenz lebenden Dr. S. Somberger über die preussisch-italienische Allianz von 1866, welcher die Triebfeder der zweideutigen Politik Lamarmora's enthält. Charakteristisch für den Fernblick Bismarck's — der im Jahre 1869 bei dem Ausbruche des italienischen Krieges die für Oesterreich schwärmende Bürgerschaft der freien Reichsstadt Frankfurt dadurch in Entrüstung versetzte, daß er Arm in Arm mit dem piemontesischen Gesandten Graf Barral durch die Straßen Frankfurts wanderte — ist die Mittheilung, daß der preussische Ministerpräsident wenige Wochen nach seinem Eintritte in das Ministerium gegen Ende 1862 bereits in Turin anfragte, welches die Haltung der italienischen Regierung im Falle eines preussisch-österreichischen Krieges sein würde? Die Antwort der italienischen Minister ging dahin, Italien werde mit jedem Feinde Oesterreichs zusammenstehen. Bismarck kam dann lange Zeit hindurch auf diese Angelegenheit nicht wieder zurück, so daß die italienische Regierung ganz irre an ihm wurde, vollends, als sich die preussisch-österreichische Allianz gegen Danemark bildete. Als der italienische Gesandte damals bei Bismarck deshalb anfragte, gab dieser ihm zu verstehen, daß diese Allianz bloß vorübergehend sei. Von der von Bismarck erkannten Natur nothwendigkeit(!) eines entscheidenden Zusammenstoßes zwischen Oesterreich und Preußen hatten Lamarmora so wenig wie die übrigen Politiker Italiens eine Ahnung.“

Wir wissen nicht, worüber wir uns mehr wundern sollen: über die — Indiskretion der offiziösen „Preussischen Jahrbücher“, die dieses Pasquill veröffentlicht, oder die Naivität des Leipziger „Tageblatt“, das es in seines Herzens Unschuld abgedruckt hat. Bekanntlich hat Fürst Bismarck amtlich erklärt, und zwar zu wiederholten Malen, schriftlich und mündlich, Preußen sei 1866 von Oestreich angegriffen worden, und der Krieg preussischer Seits ein reiner Verteidigungskrieg gewesen; es ist ferner notorisch, daß Fürst Bismarck die Zustimmung des Königs von Preußen zur Ueberrumpfung Oesterreichs nur dadurch erlangt hat, daß er dem Monarchen begreiflich zu machen wußte, er — der König von Preußen — solle von Oestreich zum „Marquis von Brandenburg“ degradirt werden.

Und da kommt nun ein offiziöses, für Bismarck schwärmendes Blatt und posant in alle Welt, derselbe habe der Welt und seinem König — das Gegentheil der Wahrheit gesagt, und den 1866er Krieg in ähnlicher, nichts weniger als ehrenwerther oder gar ritterlicher Weise zu Stande gebracht, wie nach Hans Blums Behauptung den 1870/1er Krieg. — In Oestreich sind Reichsrath und Einzellandtage aufgelöst worden, um eine Majorität für den Verfassungsbruch zu

erzielen. Ganz wie in Preußen. Wir sind neugierig, wer zuerst abgewirthschaftet hat: der Oestreichische Bismarck oder der Preussische Hohenwart.

Von Herrn Dr. Max Hirsch geht uns folgende Berichtigung zu:

Berlin den 14. August 1871, Redaktion des „Volksstaat“ Leipzig.

In den Nummern 63 und 65 Ihres Blattes lassen Sie sich aus Nürnberg berichten, daß ich in meinen Vorträgen dort und in Fürth die Königshütter Vorfälle der „Internationalen“ in die Schuße geschoben. Ich erkläre dies hiermit als eine vollständige Unwahrheit, da ich im Gegentheil in beiden Reden die Königshütter Revolte ausdrücklich den ultramontanen Unschelbarkeitsmännern (freilich auch einer internationalen Partei) zugeschrieben habe. Wie trefflich Ihr würdiger Korrespondent die Kunst des Verdrehens versteht, erhellt auch daraus, daß er die Worte des Herrn Starke: „Wir sind nach diesem Gewäsche um kein Haar Klüger geworden als zuvor“ unmittelbar hinter meinen Vortrag stellt und auf diesen anwendet — während Herr Starke diese Worte nach den Ausführungen Ihrer Freunde und mit Bezug auf dieselben vorbrachte, um den Schluß der Versammlung zu motiviren.

Der umgehenden Aufnahme dieser thatsächlichen Berichtigung gewärtig, zeichnet

Dr. Max Hirsch Verbands-Anwalt der deutschen Gewerksvereine.

Als Sitz des Ausschusses fürs nächste Jahr ist Hamburg, als Sitz der Kontrollkommission Berlin und als Kongressort Mainz gewählt worden.

Hamburg, 13. August. Gestern Abend fand in Tütze's kleinem Saal eine öffentliche Versammlung des sozial-demokratischen Arbeitervereins statt, welche von mehreren hundert Personen besucht war. Zur Tagesordnung lautend: Die Strikes und die Gewerkschaften, ertheilte der Vorsitzende Geib Herrn Hockemeyer das Wort. Letzterer legte die Ursache und Geschichte der Bewegung klar, schilderte die Organisation und Bestrebungen der englischen Gewerksvereine, ging dann über auf die Gewerkschaftsfrage in Deutschland und schloß mit einer freisicheren Beleuchtung der Strikes, als deren hauptsächlichste Forderung er den Normalarbeitsstag von Morgens 7 Uhr bis Abends 6 Uhr, mit 1 1/2 Stunde Mittagspause, befrwortete. Alsdann sprach Herr Glaser, ein Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Derselbe erging sich in heftigen Ausdrücken gegen die „Ehrlichen“, wollte von diesen keine Unterstützung der Strikes und machte seiner „Vorurtheilslosigkeit“ Lust durch die Behauptung, daß der „Volksstaat“ 14tägig nur ein mal, der „Sozialdemokrat“ dagegen wöchentlich drei mal erscheine. Diefem Redner folgte Herr Knie, welcher in ruhiger Weise für die Veröhnung der Arbeiterfraktionen eintrat und schließlich folgende Resolution beantragte: „Die verammelten Arbeiter Hamburgs erklären die Strikes für ein gerechtes Mittel, den furchtbaren, ungerechten Druck der Kapitalmacht zu hemmen.“

Außerdem beantragte Redner eine Sammlung für die streikenden Maurer Berlins mit dem Motto: „Brüder, harret aus in dem Kampfe für die gerechte Sache!“ Es sei hier schon bemerkt, daß diese Anträge später mit großer Mehrheit angenommen wurden. Nach Rose sprachen noch Geib, Lehder, Burmeister (Gegner), Rhedeker, Hillmann (dieser vorzüglich über die Organisationsfrage im Sinne der Internationalen), Schneider (über die Vereinigung Schweizer's mit Wendt, die eine Komodie gewesen sei), Köhler u. s. w. Die Versammlung währte bis gegen 1 Uhr Nachts und hat für unsere Sache den günstigsten Verlauf genommen.

Leipzig, 17. Aug. 1871. Das „Dresdner Journal“ und „Leipziger Tageblatt“ haben über den Partei-Kongreß Berichte veröffentlicht, welche Bebel zu nachstehender dem Leipziger Tageblatt zugesandten Berichtigung veranlaßten.

„Sie bringen über den Kongreß der sozial-demokratischen Arbeiterpartei in Dresden in der heutigen Nummer des „Tageblatt“ einen Bericht, der verschiedene Unrichtigkeiten enthält. Zunächst ist es unrichtig, daß der Kongreß nur von 36 Delegationen besucht gewesen sei. Diese waren vorhanden bei Eröffnung der Vorerversammlung, Sonnabend Nachmittag und stiegen im Laufe des Sonnabends und Sonntag Vormittag ab und mehr als 70. Unrichtig ist ferner, daß ich der Versammlung in der öffentlichen Sitzung am Sonntag mitgetheilt, daß die Delegationen sich aller Aeußerungen zum „Lobe“ der Pariser Kommune zu enthalten hätten. Die Mittheilung, die der anwesenden Polizei-Kommissar, Herr Weller, vor Beginn der betreffenden Sitzung persönlich machte, lautete dahin: daß der Referent wie die übrigen Redner sich jeder Erwähnung der Pariser Kommune zu enthalten hätten, widrigenfalls er zu polizeilichem Einschreiten verpflichtet sei. Ich erklärte, daß ich dies dem Referenten zu wissen thun aber auch der Versammlung anzeigen werde. Der Herr Polizei-Kommissar hatte gegen die Art und Weise, wie ich dies that, nichts einzuwenden. Als dann Parteigenosse Rosz, entriß über diese Art der polizeilichen Maßregelung, sich in einigen scharfen Worten erging, fand es der Herr Polizei-Kommissar für angemessen, ihn zu unterbrechen und sich in eine längere Privatunterhaltung mit ihm einzulassen. Der Inhalt dieser Unterhaltung war, daß er, Rosz, das Verlangen der Behörde falsch aufgefaßt, es solle ihm keine Fesseln in der Meinungsäußerung auferlegt werden. Als nun dies Rosz, wie natürlich, auch dahin interpretirte, sich über die Pariser Kommune äußern zu dürfen, erklärte der Polizei-Kommissar ihm, was er mir gegenüber bereits ausgesprochen: darüber dürfe er sich nicht äußern. Rosz sowohl als wie ich, hatten also das größte Recht nicht nur, sondern auch die Pflicht, gegen dieses gewaltsame, die freie Meinungsäußerung mißachtende Verfahren der Polizeibehörde zu protestiren.

Maßregelungen dieser Art gegen die Sozialdemokratie sind seit mehr als dreiviertel Jahren, namentlich bei den königlich sächsischen Behörden, so im Schwange, daß ich mich nur wundern muß, wenn das offizielle „Dresdner Journal“ noch den Versuch macht, den ganzen Vorgang als einen durch Rosz und mich absichtlich herbeigeführten zu schildern.

Ich ersuche Sie ergebenst, diese Berichtigung in die Spalten Ihres Blattes aufzunehmen und erwarte, daß auch das „Dresdner Journal“ wie alle diejenigen Blätter, welche jene Darstellung resp. die des „Leipziger Tageblattes“ abgedruckt haben, hieron Notiz nehmen.

Leipzig, den 17. Aug. A. Bebel. Berichtigung. In dem Citate aus dem „Sozialdemokrat“ in Nr. 64 d. Bl. fehlen in dem Satze: „Doch müssen die Sammlungen mit Eifer fortgesetzt und der Zuzug fern gehalten werden“ die Worte „mit Eifer fortgesetzt.“ Der „Sozialdemokrat“ widmet diesem aus dem Zusammenhang sofort erkennbaren Druckfehler eine ganze Spalte, indem er ihn zu einer absichtlichen „Fälschung“ stempelt. Durch den Kongreß waren wir verhindert, diese Berichtigung früherer folgen zu lassen.

Quittung.

Petroleumfonds.

Von mehreren Kongreßmitgliedern sind auf dem Burgberg in Loschwitz bei Dresden 1 Thlr. 23 Sgr. zusammengelegt und unter obigem Namen als Beitrag zur Deckung der Kongreßkosten durch Hepner an den Schriftführer des Ausschusses abgeliefert worden. Heidemann.

Briefkasten

der Redaktion: S. in R. bei D.: Redner wohnt Landwehrstraße 5-6. Bremer: No. 52 d. Bl. — Rochly: Dittmar wohnt in Hof, bei Webermeister Widmann, Ottostraße. — S. Nürnberg: Ihr Wunsch, daß nur solche Nürnberger Korrespondenzen aufgenommen werden sollen,

welche die Unterschrift „Eert“ tragen, wird dem Nachschuß mitgetheilt, dürfte aber schwerlich als berechtigt befunden werden. — W. in Darmen: in nächster Nummer mit unserm Antwort.

der Expedition: Wolff l. S. 12 Gr. für Abon. und Schriften und 2 Thlr. für Inhabtitel erhalten. Löschensohl, New-York: Brief erb. N. K. in W. 27 Gr. für Schriften und 1 Thlr. 3 Gr. für die streifenden Metallarb. in Darmen erb. Dr. K. Hannover. Kam leider zu spät, um noch rechtzeitig abzugeben. E. Lunzenau: Leider für diese Nr. zu spät. Sorge, Hoboken: 56 Thlr. erb. Brief und Rechtsstellung abgegangen.

An alle in dem Weber- und Wirkerfach inbegriffene Arbeiter, Zeug-, Lein- und Wollenweber, Tuch-, Zeug- und Kaschmischer, Band-, Seiden-, Sammet- und Fabrikweber u. s. w.

Wir ersuchen hiermit die Angehörigen aller dieser oder gleichartiger Geschäftszweige an allen Orten des Rheinlands und Westphalens, sich an der am Sonntag den 27. August Morgens 9 1/2 Uhr in der St. Sebastians-Schützenhalle an der Buchheimer Straße in Wülheim am Rhein stattfindenden Volksversammlung theilzunehmen zu wollen, um aus der Sache ein Ganzes machen zu können.

Zur Tagesordnung sind nachstehende Punkte aufgestellt:

- 1) Die Artstellung von Lohnstarifen.
2) Die bisher unbezahlte Arbeit.
3) Die Vereinigung der verschiedenen Gewerksgenossen unseres Geschäfts.
4) Wie ist es gekommen, daß die Löhne so gedrückt sind?
5) Wie sind sie zu heben?
6) Und wie sind sie den Zeitverhältnissen entsprechend zu erhalten?
7) Wie ist es zu ermöglichen, in den Fabriken die Frauen von den Männerarbeiten zu entheben?

Und nun, Collegen allerwärts, bedenkt, es liegt Euer und Eurer Familien Schicksal in Euren Händen! Von der Einmüthigkeit, in welcher sich die deutschen Weber vereinigen, von der Besonnenheit, mit welcher die Vereinigung berathet und beschließt, endlich von der Energie und Pünktlichkeit, mit welcher die Beschlüsse allenthalben ausgeführt werden, wird es abhängen, ob sich unser Stand aus seiner jetzigen Lage heraus in eine menschenwürdigeren zu erheben vermag.

Wähten doch gütigst einige Parteigenossen aus der Nachbarschaft uns in dieser Versammlung unterstützen, indem hier wenig Redner sind und bitten wir etwaige Anmeldeungen zu richten an Peter Hilft ein, Dammstraße 15 in Wülheim am Rhein.

Mit sozialdemokratischem Gruß Wülheim a. Rh. das Komitee.

Für den Waingau.

Grosses Waldfest

Sonntag, den 20. August in Wilhelmsbad. Richter.

Für Breslau.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Sonntag, den 20. d. M. Nachmittags 3 Uhr, gemeinschaftlicher Spaziergang nach Gräbchen in Michalsky's Garten. Sammelort: Sonnenplatz.

Montag, den 21. d. M. Abends 8 Uhr gefellige Zusammenkunft im „Gambrius“, Westergasse 24. Zu beiden Zusammenkünften ladet um zahlreichen Besuch ein S. Dehne.

Für Hamburg.

Liedertafel „Egalité.“

Konzert

zum Besten der streikenden Arbeiter Deutschlands, Sonnabend, den 19. August, Abends 8 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Tütze, Valentinskamp 41.

Preis der Eintrittskarte: 4 Schillinge. Karten sind zu haben bei dem Kolporteur des „Volksstaat“, Herrn Schulz, sowie bei dem Unterzeichneten.

Ich fordere alle Partei- und Gesinnungsgenossen auf, sich an diesem Konzert zum Besten der streikenden Arbeiter zu betheiligen. August Geib, Rößlingsmarkt 12.

*) Zu spät für die Mittwochsausnummer eingetroffen. D. N. d. V.

Für Hamburg.

Sozial-demokratischer Arbeiterverein.

Montag, d. 21. August, Abends 9 Uhr, bei Oberhahn, Zeughausmarkt 31.

Tagesordnung: Bericht über den Dresdener Kongreß. Gäste haben Zutritt. August Geib.

Für Darmen.

Sozial-demokratische Arbeiterpartei.

Samstag, den 19. August, Abends 8 Uhr bei Wilhelm Trummel, Gewerkschaftstraße, Versammlung.

Neue Mitglieder werden aufgenommen. *) Zu spät für die Mittwochsausnummer eingetroffen. D. N.

Für Waldenburg.

Künftigen Sonntag, den 20. August beabsichtigt der Volksverein zu Meerane eine Party nach Waldenburg zu unternehmen, wozu wir sämtliche Nachbarorte freundlichst einladen. Sammelplatz Vormittag 10 Uhr in der Bierhalle.

Anfrage an Herrn Louis Eckstein Waldheim. Haben Sie den Thaler für die Streikenden erhalten? Desgleichen an Herrn Sig. Goldstein in Pest. Haben Sie den Thaler für die Inhabtitel erhalten? Der Volksverein zu Waldenburg.

Die Vorstände der Arbeitervereine des 14. sächsischen Wahlbezirks, besonders die von Lunzenau, Weichsburg, Weithau, Golditz und Rochly, werden eingeladen, Sonntag den 20. August, Nachmittags 3 Uhr in der Bahnhofsrestauration Starsdorf sich einzufinden zur Berathung über ein abzuhaltendes Arbeiterbrüderungsfest.

Rochly. Ed. Dittich.

Für Reichenbach i. B.

Einladung.

Künftigen Sonntag, als den 20. d. M., beabsichtigen wir ein Arbeiterverbrüderungsfest, bestehend in Concert, Festrede und darauffolgendem Ball im Saale der Turnhalle abzugeben.

Auch soll Nachmittags 1/3 Uhr daselbst eine Volksversammlung abgehalten werden, wo unser als Kandidat aufgestellt gewesener W. Brack jun. aus Braunschweig über den Reichstag referiren wird.

Das Fest, resp. Concert beginnt um 6 Uhr Abends. Alle Freunde und Parteigenossen unserer Nachbarhäute werden hierzu freundlichst eingeladen. Das Festkomitee.

Für Leipzig.

Sozial-demokratischer Arbeiter-Verein.

Freitag, den 18. August, Abends 1/9 Uhr: Versammlung im Restaurant „Victoria“, (Goldne Säge) Ecke der Dresdener- und Langenstraße.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Kongreß. Der Vorstand.

Die Filialexpeditionen werden gebeten, die übrigen Nummern so bald als möglich retour zu senden. Hauptsächlich Nr. 53, 54, 55, 58 und 62 sind erwünscht. Hübner.

Für Leipzig.

Sozialdemokratische Gewerkschaft der Holzarbeiter. Nächste Versammlung Sonnabend 1/9 Uhr in der Restauration von Gdke, Nikolaistraße 51.

Tagesordnung: Stelzner: Kongreßbericht. Gäste werden hiermit freundlichst eingeladen.

Leipzig: Betanm. Redakteur A. Hepner (Redaktion: Peterssteinweg 13. Druck u. Verlag: F. Thiele. Expedition: Petersstr. 18.)